

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

28.8.1923 (No. 198)

sald der Regierung vorzulegen, damit endlich die Gemeinden verpflichtet und ihnen die gesetzlichen Handhaben genehrt werden, Bodenbarwirtschaft zu treiben, um den Familien, soweit sie es wünschen, billiges Heimstättenland, zunächst als Gartenland geben zu können.

Es ist jetzt keine Zeit mehr zu langen Erwägungen, es muß endlich gehandelt werden! Die Arbeitnehmer im weitesten Sinne sind sich der großen Bedeutung der Bodenfrage bewußt. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich im Landesheimstättenausschuß der badischen Gewerkschaften vereinigt. Sie wissen, welche enger und inniger Zusammenhang zwischen Lohnfrage und Bodenfrage, zwischen Arbeitsrecht und Bodenrecht besteht. Überall im Lande tritt die Forderung auf, endliche Erfüllung des Artikels 155 der Reichsverfassung in lebhaft begrüßten und einstimmig angenommenen Entschlüssen hervor; sie wird gestützt von allen, die sich für unseres Volkes Zukunft mitverantwortlich fühlen. Wer möchte da fehlen? Wer mitgehen will, trete dem Bunde Deutscher Bodenreformer bei; Anmeldungen an dessen Landesverband, Karlsruhe Postfach 212. Auf diesem Weg können sich alle Berufe, alle Stände, Männer und Frauen, Alt und Jung finden, denn es gilt, durch gemeinsame Arbeit unseres Volkes Zukunft zu sichern. Mache hoffentlich nicht auch jetzt wieder über den Entscheidungen des „Zu spät“ schwebel!

Das dünkt mir Freiheit reichlich, segensvoll:
Ein eignes Heim auf eigener freier Scholle!

Politische Neuigkeiten

Zum Besuch Stresemanns in Bayern

Nach noch berichtet, daß auch der Führer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Heib, als Gast des bayerischen Ministerpräsidenten in Mittenwald war und mit dem Reichskanzler gesprochen hat. Die Bayerische Volkspartei hat sich im Reichstag bei dem Vertrauensvotum für die Regierung der Stimme enthalten. Die Haltung ihrer Presse war im ersten Augenblick dem Kabinett Stresemann wenig freundlich. Man wiegte aber rasch ab und erklärte, die Bayerische Volkspartei warte die Daten des neuen Kabinetts ab. Die Wirkung des Kanzlerbesuches dürfte sich im Ton der Presse der in Bayern regierenden Partei wohl bald äußern. Bei dem Essen, das der Reichskanzler am Sonntag bei dem Reichsboten in München v. Hamel einnahm, waren außer Vertretern der Parteien der großen Koalition auch die Minister Schwegler und Winter und der Vorsitzende der Deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei, Dr. Hilbert, geladen. Die Anwesenheit des Führers der Deutschnationalen in Bayern und ihres Vertreters im Ministerium darf vielleicht als Zeichen dafür dienen, daß die bayrischen Deutschnationalen, deren Münchener Organ sich am Schärffsten gegen das neue Kabinett gewandt hat, auch etwas mildere Seiten aufziehen wollen. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ teilt wenigstens beruhigend mit, der Reichskanzler habe wiederholt die Versicherung abgegeben, daß unitarische Vorläufe und zentralistische Experimente nicht gemacht würden. In der Tat würde eine solche Politik nicht nur dem Reichsinteresse bedenklich sein, sondern auch den politischen Überzeugungen des Reichskanzlers zuwiderlaufen.

Der Reichskanzler gewährte am Samstag dem Hauptgeschäftsführer der „Mündener Neuesten Nachrichten“ eine Unterredung. Bezüglich der Frage der den Ländern verbliebenen Hoheitsrechte berief sich der Kanzler auf seine Erklärung, die er namens des Kabinetts bei der Vorstellung der Regierung im Reichstag abgegeben hatte. Der Kanzler erklärte ausdrücklich, daß sie als die Auffassung des Gesamtkabinetts zu betrachten sei. Er sei deshalb überrascht gewesen, als er in der bayrischen Presse Befürchtungen darüber gelesen habe, daß die jetzige Regierung eine stärkere Zentralisierung erstrebe. Die gegenwärtige Regierungskoalition bezeichnete der Kanzler als die stärkste Zusammensetzung der parlamentarischen Kräfte, die das neue Deutschland bisher gehabt habe. Sie habe den Vorteil, daß die Regierung einer festen und großen Mehrheit im Parlament sicher sei und deshalb ungestörter arbeiten könne. Eine Reihe von Fragen sei nur auf dem Wege diplomatischer Maßnahmen zu lösen. Solche Maßnahmen wären bei einer Minderheitsregierung außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich. Was die Mitarbeit der Sozialdemokratie anlangt, so sei es unrichtig, wenn angenommen werde, daß nunmehr eine starke Einflußnahme der Sozialdemokratie eingetreten sei, wie sie bisher nicht bestanden habe. Es gelte, das Volk zusammenzuschweißen und darum habe auch die gegenwärtige Regierung ausdrücklich alle staatsrechtlichen Elemente außerhalb der jetzigen Koalition zur Mitarbeit aufgefordert. Dies gelte insbesondere auch für die Bayerische Volkspartei, die sich bisher abweisend verhalten, sich aber nunmehr durch ihren Führer zustimmend zum Programm der Regierung ausgesprochen habe. Bezüglich der Notwendigkeit der Produktionssteigerung und der Anpassung der Löhne und Gehälter an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, die nicht schematisch vor sich gehen dürfe, berief sich Stresemann auf seine Rede gelegentlich des Industrie- und Handelstages. Die Notverordnung über die Devisenbeschaffung sei ein erster Schritt zur inneren Sanierung. Auf diesem Wege werde man fortfahren. Über die Stellung der Reichsregierung zur Reichsbank sprach sich der Kanzler in dem Sinne aus, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches von der Reichsbank unterstützt und getragen werden müsse. Von der Anerkennung dieser Grundzüge sei auch die Lösung der Personenfrage abhängig.

Die Tragbarkeit der neuen Steuern

Die unter der Regierung Cuno von sämtlichen Parteien des Reichstags beschlossenen Steuern sind im allgemeinen von den Betroffenen mit Ruhe aufgenommen worden. Überall sagte man sich, daß die Existenz des Reiches auf dem Spiele stand und dem Finanzdienst durchaus abgeholfen werden müsse. Dem sehr rechtsstehenden Bankdirektor von Schinkel blieb es vorbehalten, im „Bankarchiv“ zu erklären, daß viele Betriebe lieber schließen würden, als Steuern, die sie nicht tragen könnten, auf sich zu nehmen. Am tritt jetzt einer der besten Kenner der deutschen Finanzverhältnisse, Dr. Sintenis von der Berliner Handels-Gesellschaft, in derselben Zeitschrift entgegen. Mit Recht begrüßt er es, daß man sich endlich zu einem energischen Schritt aufgerafft hat, und bezeichnet die Behauptung, daß die neuen Steuern unerschwinglich seien als unrichtig, wenn sie auch zum Teil in die Vermögenssubstanz eingreifen. Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Abzins- und Anleihensteuer seien schon deswegen zu tragen, weil die in der ersten Hälfte des laufenden Jahres gezahlten Steuern trotz Erhebung der Zwangsanleihe nicht erheblich waren. Die landwirtschaftliche Sondersteuer könne bei der günstigsten Ernte im allgemeinen ohne große Schwierigkeiten aufgebracht werden. Bedenken hat Sintenis nur gegen die Lohnsteuer, weil bei ihr Firmen, die mit wenigen Angestellten hohe Gewinne erzielen, weniger schwer betroffen werden, als Großbetriebe mit bescheidenem Nutzen. Den Ausführungen von Sintenis kann man sich anschließen. Es ist zu begrüßen, daß die Stimme gerade aus den Kreisen des Reiches herausgeht. Es liegt im eigenen

Interesse des Reiches, die Steuern pünktlich und voll abzuführen. Dann werden auch die Vorwürfe verstummen, daß nur die Lohn- und Gehaltsempfänger praktisch die Zahlungen leisten, die sie dem Staate schuldig sind.

Die Auszahlung der Beamtenbesoldungen

Die Kritik an der Besoldungspolitik der Reichsfinanzverwaltung, der sich vor allem gegen die Zusammenballung der Auszahlungen richtete, hat, wie schon gemeldet, die Verwaltung veranlaßt, eine Änderung der Auszahlungsbestimmungen ins Auge zu fassen. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, scheint man zu beabsichtigen, entweder die Beamten in wertbeständiger Form voranzubehalten oder ihnen in anderer Form die Umsetzung der ausgezahlten Papiermarksummen in eine wertbeständige Anlage zu erleichtern, so daß sie nachträglich im Laufe der Besoldungsperiode keinen Anspruch auf Erhöhung des Teuerungszuschlages mehr machen können. Voraussetzung ist aber, daß es gelingt, die betragslichen und zeitlichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die insbesondere aus der Zeit der Übernahme der Staatseisenbahnen bestehen.

Das Urteil im Prozeß Baur

In dem Mordprozeß Baur fällt das Münchener Volksgericht am Montag folgendes Urteil. Der Student August Zwegauer wird wegen Mordes zum Tode verurteilt. Der Kreisleiter des Bänderbundes Johann Berger erhält wegen eines Vergehens der Begünstigung sechs Monate Gefängnis abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft. Sein Bruder Ernst Berger wird freigesprochen. Der ehemalige Privatdozent Dr. Ange wird von der Anklage der Anstiftung zum Mord freigesprochen, dagegen wegen eines Vergehens der Aufforderung zum Mord zu der gesetzlichen Höchststrafe von einem Jahr Gefängnis abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft verurteilt.

Die Urteilsbegründung stellt fest, daß Zwegauer, der durch das ungebührliche Verhalten des Baur in seinem persönlichen wie vaterländischen Empfinden schwer gereizt war, den Baur mit Überlegung getötet hat. Darauf weisen alle Umstände hin, vor allem die vorgespiegelte Agitationsreise nach dem Norden im Auto, die Verheimlichung der Tat und die Selbstmordgedanken. Bei den beiden Berge wird erklärt, daß eine Mitwirkung an der Tat nicht herbeigeführt ist und auch eine psychische Einwirkung nicht erwiesen werden konnte. Johann Berger war wegen Begünstigung zu verurteilen, da er die Handtasche des ermordeten Baur besaß. Sehr scharf spricht sich die Urteilsbegründung über den Angeklagten Dr. Ange aus, der mit seinen Schreben auf junge, unreife Leute den verderblichsten Einfluß geübt habe. Eine Haftentlassung Anges wurde abgelehnt. Der Angeklagte Ange (Johann) den Richtern bei Verlassen des Saales zu: „Ein Schurkenmord! Gemeinheit! Auch der Angeklagte Zwegauer rief bei seiner Abführung: „Ein Schurkenmord, wie es noch nie gefällt worden ist!“ Das Urteil entspricht bei dem Angeklagten Zwegauer und Dr. Ange den Anträgen des Staatsanwalts. Dagegen hatte der Staatsanwalt gegen die beiden Berge gleichfalls die Todesstrafe beantragt.

Die Verhältnisse in Deutsch-Böhmen

Dem 10. Deutschen Feuerwehrtag in München wohnten auch Kameraden aus Deutsch-Böhmen, und zwar aus der Stadt Aßch, an der Grenze von Sachsen und Bayern an. Es war gerade kein schönes Bild, welches unsere Landsleute da entrollten und wir glauben, daß es von Interesse sein dürfte, unseren Lesern hierüber etwas mitzuteilen, denn die Tschechoslowaken stehen den Franzosen in nichts nach — ein edles Brüderpaar. — Schon die Reise nach München, welche angetreten werden durfte mit einem besonderen Paß, welchen die Inhaber nicht lesen konnten, da er in tschechoslowakischer Sprache abgefaßt war, gab Zeugnis der Schikane, welche die Leute dort auszuheften haben, die gute Deutsche sind und nur durch Gewalt in diese Verhältnisse hineingetrieben wurden. Während des Krieges bis 1920, waren sie angewiesen, auf dem Schmuggelwege im Böhmerischen sich mit den nötigen Nahrungsmitteln einzudecken. Aber auch in anderer Hinsicht hat die deutschgefinnte Bevölkerung von Aßch mit Schikanen aller Art zu kämpfen; so verlangt man von ihnen, sich als Tschechoslowaken zu bekennen, wenn sie Ruhe haben wollen. Man bemüht sich in jeder Hinsicht, alles Deutschum auszurotten; man änderte die Straßennamen und alles was dem Deutschum ähnlich. In Verbindung mit den Schikanen treibt das sog. Spitzeltum die schönsten Mäler und mancher deutschdenkende Einwohner wird Nacht aus dem Bett geholt, einfach weil er aus seiner gut deutschen Gesinnung kein Hehl macht. Auch die Arbeitsverhältnisse sind nicht günstig; im allgemeinen wird durchschnittlich 6 Monate gefeiert und beträgt der Wochenlohn eines Arbeiters 120 bis 140 Kronen. Die Lebenshaltung kann auch nicht als billig angesehen werden: 1 Pfund Rindfleisch kostet 12 Kronen, Kalbfleisch 14 bis 16 Kronen, Schweinefleisch 18—20 Kronen. Für eine tschechoslowakische Papierkrone, welche Anfangs August in München gehandelt wurde, zahlte die Bank circa 30000 M. In München konnten daher die Kameraden der Tschechoslowakei verhältnismäßig billig leben, was ihnen allseits gegönnt wurde; denn nach Hause zurückgekehrt, erwarten sie wieder die alten Drangsale. Wir aber wollen ihnen zurufen: Haltt fest am Deutschum und am deutschen Wesen und hofft mit uns selbst auf bessere Zeiten!

Die Chinapolitik Wilhelms II.

In der „Deutschen Verlagsanstalt“ (Stuttgart und Berlin) ist kürzlich der dritte Band der Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen v. Waldersee erschienen. Waldersee war, ein Intimus Wilhelms II., bekanntlich der Nachfolger des alten Grafen Wolke als Chef des Generalstabes und hat auch später, als er dem Kaiser nicht mehr so nahestand, noch immer einen starken, oft verhängnisvollen politischen Einfluß ausgeübt. Die ersten beiden Bände seiner Denkwürdigkeiten, die wir noch ausführlich würdigen werden, erregten durch den rückhaltlosen Freimut der Aufzeichnungen die größte Aufmerksamkeit. Der jetzt vorliegende dritte Band behandelt in der Hauptsache den Chinafeldzug, den Waldersee als Oberbefehlshaber der verschiedenen Truppenkontingente leitete, und seine letzten Lebensjahre. Aus dem interessanten Inhalt entnehmen wir einige charakteristische Mitteilungen über seine Veranlassung für die Chinaexpedition. Am 7. August 1900 erhielt er vom Kaiser telegraphisch die Ernennung zum Oberbefehlshaber und wurde zur sofortigen Meldung nach Wilhelmshafen befohlen. Waldersee fährt, nachdem er die Begegnung mit dem Monarchen geschildert hat, fort:

„Eigentümliche Zustände herrschten im Auswärtigen Amt. Der Reichskanzler war auf seinen Wägen in Russland und ist in der ganzen Chinaexpedition nie um Rat gefragt worden, schied auch seine Meinung zu haben, sich darum zu kümmern. Der Staatssekretär des Äußeren Bülow wollte in Vorderehen; mit ihm unterhielt der Kaiser durch Vermittlung Metternichs, der in Wilhelmshöhe war, sehr lebhaften telegraphischen Verkehr, gefragt ist er aber auch nicht worden. Schon das Aussenwärtigen des Marineexpeditionskorps, dann des Expeditionskorps und auch des Panzergeschwaders erfolgte allein durch Kaiser-

liche Initiative. Der Unterstaatssekretär Nishofen war im Urlaub. Eigentlich doch ein unerhörter Zustand in politischer bewegter Zeit. Die Verwaltung des Auswärtigen Amtes habe, wie schon im Vorjahre, der Gefandte in Stuttgart, Derentz, Er beugnete mir mit größter Höflichkeit, war aber doch zu neu im Geschäft, um mir viel helfen zu können. Er gab überhaupt nur den Namen her und hatte das Amt, mit den fremden Gefandten zu sprechen; der eigentliche Macher war Holstein, mein früherer Freund, seit seiner Affäre mit Hensel mein Todfeind, dem Geheimrat Klemm, ein gut orientierter und verständiger Mann, zur Seite stand. Ich entschloß mich kurz, dem Löwen in seiner Höhle entgegenzutreten und ging zu Holstein; wir taten beide so, als ob me etwas vorgefallen wäre. Holstein ließ mich bereitwillig alles lesen, was für mich von Interesse sein konnte, wir hatten auch längere Konversationen. Dabei wurde mir klar, daß unsere Politik, abgesehen von der Befragung der Chinesen, bestimmte Ziele nicht verfolgte. Wohl hat der Kaiser vage Ideen über die „Aufteilung Chinas“ gehabt. Die Hauptsache war doch wohl das Bedürfnis, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, ohne Klarheit über die Konsequenzen dieser Haltung. Holstein war entschieden besorgt, daß wir zu weit gingen, und sah Verhandlungen mit anderen Mächten voraus; ich meine, er hatte darin wohl auch recht.

Am 18. war das ganze Oberkommando nach Kassel befohlen, wo sich der Kaiser im Schloß die Herren durch mich vorstellen ließ. Darauf gab er mir den Feldmarschallstab mit einer etwas zu lebendigen Ansprache, die leider in die Zeitungen kam, von einer gewissen Presse sofort aufgegriffen und in hässlicher Weise ausgeschlachtet wurde. Am Abend vorher war in Wilhelmshöhe die Nachricht eingegangen, daß die Verbündeten Peking eingenommen hätten und der Kaiserhof geflohen sei. Natürlich war dies zunächst für den Kaiser eine große Enttäuschung. Er hatte sich seit in den Kopf gesetzt, die Gefandten mit samt ihrem Personal seien längst ermordet; nach meiner Ankunft sollte der gemeinsame Vormarsch auf Peking, der bis dahin wegen der Negenzist als nicht möglich angesehen wurde, unter meinem Oberbefehl beginnen und mir der Ruhm zuteil werden, Peking erobert zu haben. Dieser Traum war nun dahin, die Gefandten lebten, die Negenzist war nahezu ausgeblieben, der Vormarsch dank der Energie der Japaner verfußt worden und Peking ohne große Opfer eingenommen. Bei einiger Überlegung sagte man sich aber, daß doch wohl noch viel zu tun übrig blieb; auch ich rebete sehr zu, das deutsche Expeditionskorps noch ansehnlich zu verstärken, was ohne weiteres bewilligt wurde.“

Diese interessanten Mitteilungen sind ein neuer Beweis für die Nonchalance, mit der Wilhelm II. sein eigener Kanzler war.

Kurze Nachrichten

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wird am Freitag eine Sitzung abhalten, in der Reichswirtschaftsminister v. Raumer sein Programm darlegen will.

Deutschland und der Völkerbund. Der „Manchester Guardian“ stellt zu verschiedenen Wittermeldungen fest, was übrigens kein Geheimnis ist, daß der englischen Regierung gegenwärtig eine Annahme Deutschlands zum Beitritt in den Völkerbund unerwünscht wäre, weil das den Austritt Frankreichs veranlassen könnte. In den Vordergrund gestellt wird freilich der Vorwand, Deutschland erfülle die Voraussetzungen eines Beitrittes nicht.

Der Konflikt in der Reichsbank. Am heutigen Dienstag wird sich das Berliner ordentliche Gericht mit der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Großmann beschäftigen. In Berlin haben sich 75 Prozent der Reichsbankangestellten für den Streik ausgesprochen. Doch soll das Arbeitsministerium um eine neue Intervention gebeten werden. Die Beamtenschaft der Reichsbank hat erklärt, mit dem Konflikt zwischen Angestellten und Betriebsrat nichts zu tun zu haben.

Die Verdienstgrenze für die Berufspflicht. Durch eine Verordnung des Arbeitsministeriums wird die für die Berufspflicht der Betriebsbeamten angelegte Verdienstgrenze von 1500 Millionen festgelegt. Für die besetzten Gebiete beträgt diese Grenze 1800 Millionen.

Abänderung beim Lohnsteuerabzug. Aus der am 9. August d. J. erfolgten Abänderung der Abänderungsverordnung ergibt sich, daß die ab 10. August 1923 eingehaltene Lohnsteuer auf volle laufend Markt nach unten abgerundet werden kann.

Die kommunistische Berliner „Rote Fahne“ ist durch den Reichsinnenminister Sollmann neuerdings für 3 Tage verboten worden. Die Berliner Kommunisten agieren zurzeit in den Betrieben wieder eifrig für einen neuen Generalstreik.

Keine Abschaffung der Briefmarken. Zu Meldungen, wonach die Postverwaltung aus Ersparnisgründen die Briefmarken abschaffen wolle, teilt die Reichspostverwaltung mit, daß sie nicht daran denke. Nur bei Paketen, Postanweisungen und Postkarten, die am Schalter aufgegeben werden müssen, sei Barfrankierung vorgezogen. Für den Briefverkehr sei die Barfrankierung zugefallen, daß auch bei weniger als 100 Briefsendungen für deren Barfrankierung Firmen ein Freistempel überlassen und bei der Auflieferung am Schalter die Barfrankierung vorgenommen werden kann.

Der Goldfrankengegenwert im Postverkehr. Für die Woche vom 27. August bis 2. September ist der deutsche Gegenwert für den Goldfrank im Paket-, Brief- und Telegrammverkehr mit dem Auslande auf 1 200 000 M., bisher 700 000 M., festgesetzt worden.

Erhöhung des Hotel-Index. Der Index für Hotels und Bäder wurde auf 800 000 erhöht.

Die wertbeständigen Löhne. Die Verhandlungen, welche zurzeit im Rahmen der Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände durch eine freie Kommission unter Hinzuziehung der in der Arbeitsgemeinschaft nicht vertretenen Industrien stattfinden, werden voraussichtlich Ende dieser Woche zum Abschluß gelangen. Dann werden sich die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände mit dem erzielten Ergebnis beschäftigen können. Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, ist die Behauptung unzutreffend, daß man bereits dahin übereingekommen sei, zwei Drittel des Friedenslohnes als angemessene Grundlage für die Festsetzung der Tariflöhne zu bezeichnen.

Steigende Arbeitslosigkeit in Sachsen. In Sachsen steigt nach dem „Berl. Lok. Anz.“ die Zahl der Arbeitslosen täglich. In Dresden hat sie bereits 200 000 überschritten und damit die Höchstzahl der Arbeitslosigkeit während der Demobilisierung erreicht. Mehr als tausend Anzeigen von Betriebsstilllegungen sind bereits in diesem Monat beim Arbeitsministerium angemeldet.

Die Buchdruckerlöhne. Der Spitzenlohn der Buchdrucker, der für die letzte Woche 35 505 000 M. betrug, wurde für die kommende Woche auf 52 725 000 M. erhöht. Die Reichsregierung hat bereits in der letzten Woche unter dem Druck des Streites in den Banknotenbrudereien den Druckerinnen Unterstützung aus Staatsmitteln gewähren müssen. Der Tarif der Buchdruckerlöhne war bereits in der letzten Woche über den

Stand der Friedenslöhne, gemessen am Dollarkurs, gestiegen. Für diese Woche haben sich die Löhne noch mehr über diese Vergleichsbasis erhoben.

Ein politisches Attentat in Prag. Am Sonntag gegen Mittag wurde in Prag-Smichow der frühere bulgarische Gesandte in Prag Rajko Dasfaloff, der sich in Begleitung von Dr. Ivan Bojadjeff befand, von dem 26 Jahre alten Atjanoff Mitozoff aus Sofia überfallen, der auf ihn vier Schüsse aus einer Pistole abgab. Zwei Schüsse trafen Dasfaloff in der Bauchgegend und verletzten ihn tödlich. Dr. Bojadjeff wurde ebenfalls, aber nur leicht verletzt. Der Täter wurde verhaftet. Dasfaloff wurde ins Sanatorium gebracht, wo er im Laufe der Operation um 2 1/2 Uhr nachmittags seiner Verwundung erlag.

Mohammedanerunruhen in Indien. In zahlreichen indischen Städten ist es am Samstag und Sonntag zu heftigen Straßenkämpfen zwischen Mohammedanern u. Indern gekommen, weil letztere die mohammedanischen Feste zu feiern versuchten. Wie die "Times" meldet, erregen diese Unruhen in den englischen Kreisen lebhafteste Sorge.

Badische Uebersicht

Eine Rede Hermann Müllers

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, der Reichstagsabgeordnete und frühere Reichskanzler Müller-Branken sprach am gestrigen Montag Abend in einer Versammlung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Karlsruhe in der Festhalle über das deutsche Thema der Stunde: „Rettung oder Katastrophe“.

Inbesondere ging er dabei auf die Notwendigkeit der Beteiligung der sozialdemokratischen Partei an der großen Koalition ein. Seine eingehende Kenntnis der Vorgänge gab uns ein übersichtliches Bild der Ereignisse, die zum Austritt der Regierung aus und zur Bildung des Kabinetts Stresemann geführt haben. Diesmal ging es nicht an, die Krise 8 bis 14 Tage hinauszuschleppen. Wenn es nicht gelang, in kürzester Frist der deutschen Republik über diese schwere Krise hinwegzuhelfen, drohte der Zusammenbruch. In 24 Stunden war das neue Reichskabinett gebildet. Eine andere Regierungsbildung als die der großen Koalition sei gar nicht möglich gewesen. Die Sozialdemokratie sei hier wiederum, wie einst nach dem Zusammenbruch in der großen Not des Vaterlandes in die Presse getreten. Damals galt es die Schaffung des demokratischen Staates, wobei andererseits das bösliche Chaos kroch. Heute gilt es, diesen Staat zu erhalten.

Hermann Müllers ausgezeichnete und ruhig vorgetragene Ausführungen, denen die mehrtausendköpfige Versammlung mit gespanntester Aufmerksamkeit und Ruhe folgte, entnahmen wir über die augenblickliche politische Situation noch folgendes: Als Cuno aus Ruher kam, hielt man vielfach die Stunde gekommen, um mit der Erfüllungspolitik Schluss zu machen, es sollte dabei eine „aktive Politik“ getrieben werden. Man sprach von einem Krieg im Ruhrgebiet, aber man unterließ die dazu eigentlich selbstverständlichen Maßnahmen, wie Sicherstellung der Lebensmittellieferung, finanzielle Fürsorge, man beging dieselben Fehler, die man noch während des Krieges beging. Um die Leistung von Reparationen kommen wir nach der ganzen Sachlage jedenfalls nicht herum. Die Welt will, was auch die englischen Stimmen immer wieder erkennen lassen, den deutschen Opferwillen sehen. Die jetzige Regierung hat sich auf diese Forderungen eingestellt. Ihre erste Aufgabe ist es, das Reich, den Boden zu erhalten, auf dem wieder aufgebaut werden kann. Andererseits wissen wir, daß die Not unseres deutschen Volkes alles eher beträgt als Experimente, wie sie die radikalen Parteien wollen. Das brennendste Problem ist das der Währung. Wenn es dahin kommen würde, daß das deutsche Geld überhaupt nicht mehr angenommen wird, würde es zum Kampf aller gegen alle kommen. Die Notruhen, die noch unter Cuno und Weder von sämtlichen Parteien des Reichstages angenommen worden sind, werden nicht genügen. Zunächst muß ein hinreichender Devisenfonds geschaffen werden, dessen Schaffung durchaus möglich ist. Der Redner wies darauf hin, daß 100 Millionen Papiermark bei einem Dollarkurs von 4200 Mill. Goldmark entsprechen und daß nur ein kleiner Prozentsatz der in deutschen Händen befindlichen Devisen, falls er in den Händen des Reiches sei, bereits wickeln zur Stützung der Mark verwendet werden könne. Dem deutschen Volk dürfen keine Opfer zu groß sein, mit denen die Freiheit von Rhein und Ruhr und der Weiterbestand des deutschen Vaterlandes erkämpft werden können. Wenn der Reichstag im September zusammentritt, wird er sich mit dem Problem der Erhaltung der Sachwerte zu beschäftigen haben. Der Redner, der in seinen Ausführungen immer wieder die Notwendigkeit der Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei an der Rettung der deutschen Republik betonte, forderte jeden einzelnen zur Mitarbeit auf und erklärte, wenn es nicht gelinge, Deutschland über diese schwere Krise hinwegzuhelfen, werde damit auch der deutschen Sozialdemokratie das Grab geschaukelt.

Außenstellen der Landespolizei

Zur Beschleunigung und Vereinfachung des polizeilichen Fahndungs- und Nachrichtenverkehrs, der beim Landespolizeiamt zentralisiert ist, wurde über das ganze Land hin bei verschiedenen Bezirksamtern ein besonderer Nachrichtendienst eingerichtet.

Das Notgeld der Reichsbahn

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat außer den bereits im Verkehr befindlichen Notgeldscheinen über eine, zwei und fünf Millionen auch Gutscheine zu zehn und zwanzig Millionen Mark ausgegeben. Die Zehnmillionscheine sind beiderseits staßgrau, die Zwanzigmillionscheine beiderseits lachsrot bedruckt. Auch diese Scheine werden von allen Reichsbahn- und anderen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen.

Der Verband der Ärzte Deutschlands

hat zu Beginn der Verhandlungen im preussischen Wohlfahrtsministerium über das werbende ärztliche Gewerbe eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, daß die Ärzte Wadens und Bayerns fest entschlossen sind, den jetzigen unheilbaren Zuständen durch Maßregeln der Selbsthilfe ein Ende zu machen. Die Ärzteschaft verlange sofortiges Eingreifen der Regierung zugunsten der in große Schwierigkeiten geratenen Krankenkassen. Sollte die zum Teil bestehende Zahlungsmittellosigkeit der Kassen nicht binnen kürzester Frist behoben sein, so könne die Ärzteschaft nicht mehr an den Aufgaben der Krankenversicherung mitarbeiten.

Zum Eberbacher Überfall

Nach einem Bericht der „RfK. Ztg.“ befinden sich die Leute, die den Überfall auf den Amerikaner Verdoll in Eberbach ausgeführt haben und dabei festgenommen wurden, im Würz-

burger Untersuchungsgefängnis. Amerikanische Zeitungen berichten aus Würzburg: Griffith habe die inneren Zusammenhänge des Anschlages erzählt. Hinter ihm ständen sehr finanzkräftige amerikanische Leute. Die American Legion sei offiziell an dem Attentat nicht beteiligt. Er sei bereit, die Schuld auf sich zu nehmen und den Chauffeur Nelson zu entlasten. Er freue sich darauf, die Rolle eines nationalen Helden zu spielen. Deutschland würden Schwierigkeiten erwachsen, wenn er streng bestraft würde, aber das sei ihm ganz recht. — Mit der Veröffentlichung dieser Erzählung des bisher nicht geständigen Griffith haben — so schreibt die „RfK. Ztg.“ — die in Frage kommenden Amerikaner dem Griffith keinen Gefallen getan, dafür aber vielleicht der deutschen Rechtsache genügt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 26. Aug. Die Vereinigung der Gastwirte hat die Schließung der hiesigen Gaststätten von Montag ab beschlossen. Sie will damit gegen die städtische Getränkesteuer protestieren. — Von der Stadtverwaltung wird mitgeteilt, daß die Stadt von den Wirten, Kleinhändlern usw. nicht die Nachversteuerung bereits verbrauchter Getränke verlangt, sie verlangt jedoch die Nachversteuerung der vorhandenen Vorräte. Die Stadt gewährt Zahlungsfrist, so daß die Wirte usw. nach ihrem Verschleiß bezahlen können. Die Wirte fordern aber Steuerfreiheit für alle Vorräte wie groß oder klein sie sein mögen. — In einer Versammlung der Gastwirte wurde beschlossen, daß der Aufforderung der Stadt, die Lagerbestände anzumelden, keine Folge geleistet wird, bis durch die Streckleitung dazu Aufforderung ergeht. Der kontrollierenden städtischen Beamten soll solange der Zutritt zu den Lokalen und Lagerräumen verweigert werden.

Mannheim, 27. Aug. Wie die Generalverwaltung der Berliner Staatsoper bekannt gibt, wurde als Nachfolger Leo Blech im Einverständnis mit dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Operndirektor Erich Kleiber vom Nationaltheater in Mannheim auf 5 Jahre als Generalmusikdirektor verpflichtet.

DZ. Heidelberg, 26. Aug. Im 64. Lebensjahre ist der Goetheforscher Dr. Ernst Traumann gestorben.

Bruchsal, 27. Aug. Die Kraichgau-Ausstellung Bruchsal, vom 6.-8. Oktober 1923, nimmt einen größeren Umfang an, als ursprünglich geplant war. Neuerdings haben die Landwirtschaftskammer und zwar die beiden Abteilungen „Pflanzenbau“ und „Haus und Hof“ sowie der Verein badischer Pflanzengärtner ihre Beteiligung zugesagt. Außer Saatgut, Erzeugnissen des Obst-, Garten- und Feldbaus, der Viehzucht, Kaninchen-, Geflügel-, Vrieltauben- und Ziegenzucht, der Kamindensellerieverwertung, Düngemitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln werden landwirtschaftliche Geräte und Maschinen aller Art zur Ausstellung kommen.

DZ. Offenburg, 27. Aug. Die „Offenburger Zeitung“ und das „Offenburger Tageblatt“ haben sich entschlossen, in dieser Woche nur am Dienstag, Donnerstag und Samstag zu erscheinen, um die unvermeidlich gewordene weitere Nachforderung auf den Bezugspreis unterlassen zu können.

DZ. Oberentzheim, (Amt Offenburg), 24. Aug. Im hiesigen Ort ist die Maul- und Fußkrankheit ausgebrochen.

DZ. Freiburg, 26. Aug. Mit Wirkung vom 25. August an löst die Einzelkarte auf der Straßenbahn hier 80 000 M., Fahrkarteinhalte zu 10 Fahrten 640 000 M. und zu 5 Fahrten 270 000 M.

DZ. Donaueschingen, 26. Aug. Die Arbeiten am Krankenhausneubau sind nun so weit vorgeschritten, daß mit der Eröffnung des Krankenhauses für Anfang September gerechnet werden kann. Auch die Innearbeiten sind bis auf die Ausstattung der Kapelle vollendet. Interessant ist die Tatsache, daß heute ein einfaches Türschloß so viel kostet, als die Summe des Bauanschlages für den ganzen Neubau ausmachte, nämlich 5 Millionen Mark.

DZ. Herrsching, 25. Aug. Unter Ausnutzung des Sägebaches, Weidenbaches, Wiedenbaches und des Hagemattengraben beabsichtigt die hiesige Gemeinde die Errichtung eines Elektrizitätswerkes zur Versorgung der Gemeinde mit Licht und Kraft.

DZ. Triberg, 25. Aug. Auch hier hat die neue Tarifserhöhung dazu beigetragen, daß die Kurpfenden, Kuristen usw. die Feiertage angereizt haben. Im ganzen wird die diesjährige Saison als mittelmäßig bezeichnet. Außer der Verteuerung der Lebenshaltung dürfte nicht zum geringsten Teil auch die Befreiung von Offenburg und die dadurch erschwerte Zuzüge den Grund dazu gegeben haben, daß nicht noch mehr Fremde im hiesigen Orte Erholung suchen. — In dem Koffer eines Zimmermädchens, das seit Frühjahr in einem hiesigen Gasthof in Stellung war, fand man Leinwand und Kleidungsstücke der Dienstherrin. Der Koffer konnte in Willingen beschlagnahmt werden, die Diebin wird noch gesucht.

DZ. Kollnau (b. Waldkirch), 26. Aug. Die Arbeiterschaft der hiesigen Baumwollspinnerei leistete zugunsten der Sozialrentner und Erbsarmen der Stadt zwei Überstunden. Das Ergebnis war eine schöne Summe, zu der die Direktion noch denselben Betrag hinzufügte, so daß insgesamt ca. 700 Millionen Mark verteilt werden konnten. Die geringste Summe, die auf den Einzelnen fiel, betrug 4 Millionen.

DZ. Bräunlingen, 27. Aug. An Stelle des im Jahre 1917 niedergebrannten ehemaligen Schlossbaus, des früheren Freiheitshauses, das vom frühen Mittelalter an von den Freiherren von Schellenberg bewohnt war, hat die Gemeinde Bräunlingen einen stattlichen Bau mit zahlreichen Familienwohnungen erstellen lassen, die jetzt bezugsbar sind. In der Hauptsache sind untergebracht Lehrerschaft und Beamte sowie Arbeiter.

DZ. Konstanz, 25. Aug. Im Alter von 58 Jahren ist am 23. d. Mts. der Landgerichtsdirektor Friedrich Trolle gestorben. 1865 in Wiesloch geboren, war er Notar in Ettlingen, Engen und Gernsbach, Amtsrichter und Oberamtsrichter in Mannheim. Im Jahre 1900 wurde er Landgerichtsrat und kam in gleicher Eigenschaft nach Konstanz. 1921 wurde er zum Landgerichtsdirektor und Vorsitzenden der Kammer für Handelsachen ernannt. Mit Landgerichtsdirektor Trolle ist einer der bedeutendsten badischen Richter aus dem Leben geschieden.

DZ. Überlingen, 26. Aug. Auch hier hat der Fremdenverkehr in der letzten Woche bedeutend nachgelassen. Die Geldknappheit auf den Banken war für die Fremden, die sich zur Abreise rüsteten, höchst peinlich. Kolonisten fanden nicht nur vor den Lebensmittelgeschäften, sondern in fast noch größerem Maße vor den Banken. — Auch am Stauwerkneubau machte sich die Schwierigkeit, Geld flüssig zu machen, bemerkbar. So ruhte dort am Donnerstag die Arbeit, da die Arbeiter die fällige Nachzahlung nicht sofort erhalten konnten.

Vom Wanderapostel Häußer. Der Wanderapostel Häußer ist vom Schöffengericht Hamburg wegen verurteilter Nötigung und Beamteneidverletzung erneut zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Altonaer Schöffengericht, das ebenfalls einen Frell Häußer behandelte, beschloß Aussetzung der Verurteilung, um Häußer auf seinen Seinszustand untersuchen zu lassen.

Biberach, 27. Aug. Am gestrigen Sonntag jährt sich die Untat von Griesbach, der der Reichsfinanzminister a. D. Krugberger zum Opfer fiel. In seinem Gedächtnis wurde in Biberach, wo der Verlebene seine letzte Ruhestätte fand, in der Stadtpfarrkirche ein Trauergottesdienst abgehalten, wozu auch die Witwe des Verlebten, Frau Reichsminister Krugberger mit ihrem Töchterchen anwohnte.

Aus der Landeshauptstadt

Konzerthaus. Am Samstag brachte die rührige Director Steffler wieder eine neue Operette zur Aufführung „Katja, die Tänzlerin“, Text von L. Jacobson und Rud. Herreider, Musik von Jean Gilbert. Der Name des Komponisten, als des Schöpfers manches erfolgreichen sogenannten Schlagers hatte wohl eine starke Anziehungskraft auf die Freunde der leichtgeschürzten Muse ausgeübt, so daß das Haus fast gefüllt war. Wer eine gefällige flüssige Musik erwartet hatte, wurde nicht enttäuscht und fast nicht endenwollenden Hervorrufen mußte an den Mitschlüssen Folge gegeben werden. Die Effektnummern wurden zwei- und dreimal verlangt. Der witzigende Dialog wird durch manche verhängliche, sehr verhängliche Situationen ergänzt, wobei es freilich zweifelhaft ist, ob sie den geschäftstüchtigen Verfassern zur Last zu legen sind oder der dile Regie.

Die Handlung ist folgende: Der Fürst eines stillen Landes kommt nach Paris, wo eine Anzahl aus seinem Staat Vertriebene sofort Pläne zu seiner gewalttätigen Entführung schmieden, um ihn als Geisel zu verwenden. Als Werkzeug zu diesem Vorhaben soll die als Tanzängerin Katja ihr Dasein fristende Gräfin den Fürsten in ihre Netze ziehen und ihn durch Betäubungsmittel wehrlos machen. Sie gewinnt aber die Überzeugung, daß nicht er an der Verfolgung ihrer und anderer Adelfamilien schuldig ist, sondern die Machtgier seines Landes, widersteht sich im letzten Augenblick den Gewaltplänen und beide kommen — auf Umwegen — zur Vereinigung. Ein zweites Liebespaar ist drei Akte hindurch nach Kräften, doch lange ohne den gewünschten Erfolg bemüht, sich zu kompromittieren, um dem Vater das Jawort abzuwinden. Sie verüben zu diesem Zweck die tollsten Streiche. — Mary Dorée in der Titelrolle spielte und sang — von dem chronischen Tremolo abgesehen — ihre Partie ausgezeichnet und zeigte wieder raffinierte Kostüme. Edith Steffler wird dem gesanglichen Teil ihrer Aufgabe nicht ganz gerecht, weiß aber durch andere Mittel sich den Beifall zu sichern. Kurt Schütt verkörperte den Fürsten Cascha darstellerisch ausgezeichnet und war sehr gut bei Stimme. Fritz Steidl ist zweifellos der Liebhaber des Positivums geworden, ein außerordentlich gewandter Darsteller, der sich meist von geschmacklosen Übertreibungen fernhält. Die Regie von Director Steffler und die musikalische Leitung durch Kamellmeister Harrigebell hatten ihr redlich Teil an dem Erfolg des Abends.

Städt. Konzerthaus. Die Operette „Katja, die Tänzlerin“ bleibt bis einsch. Mittwoch auf dem Spielplan, es findet daher die Erstaufführung der Operettenkomödie „Berliebte Leute“, von Kinneke erst Donnerstag den 30. August statt. Diese Operette wird bis Schluß der Spielzeit (Sonntag, den 2. Sept.) gegeben.

An der Technischen Hochschule hat sich die Direktorin für Englisch, Frau Dr. Erika von Erhardt-Siebold für das Fach „Englische Philologie“ habilitiert.

Postkammer bis 7 Uhr abends geöffnet. Infolge der Erhöhung der Postgebühren herrscht zurzeit bei den Postämtern starker Mangel an Briefmarken. Die Briefe müssen deshalb auf die Postämter zur Barfreimachung gebracht werden. Um keine einschneidende Schädigung im Wirtschaftsleben zu verursachen, hat die Oberpostdirektion auf Veranlassung der Handelskammer Karlsruhe angeordnet, daß die Postkammer für Barfreimachung bis 7 Uhr abends geöffnet bleiben. Die verlangten Dienststunden werden solange durchgeführt, bis der Mangel an Briefmarken behoben ist.

Kaninchenzuchtverein, Jungtierchau. Am Samstag und Sonntag veranstaltete der Kaninchenzuchtverein, Stammverein im Gartenlaale der Brauerei Schrempf eine Jungtierchau von Kaninchen aller Rassen. Die heutigen, fast unerschwinglichen Fleischpreise müssen alle diejenigen, welche über den nötigen Platz verfügen, auf die Haltung und Zucht der Kaninchen hinweisen. Es ist nicht nötig, daß nur große Massen, Belgier, Franz, Wilderriesen usw. gehalten werden, welche an die Futterbeschaffung große Anforderungen stellen, auch kleine Rassen erfüllen ihren Zweck und gerade die Jungtierchau hat den Laien gezeigt, daß kleinere im Futter weniger anspruchsvoll sich zeigende Tiere zum Halten nicht unrentabel sind. Kleinfiber, Graufiber, Gelbfiber, Hermelin, Savanna, Japaner, Holländer, Russen, Schwarz- und Blauloh, lauter Tiere, welche an die Futterbeschaffung nicht zu große Anforderungen stellen, waren ausgestellt, so daß sich auch der Laie genügend überzeugen konnte. Aber auch die großen Massen waren zur Stelle, so daß zur Belehrung genügend Material da war, gegen 700 Exemplare. Die Anordnung war eine gefällige, es gebührt dem Vorsitzenden, Herrn Wehne, wie auch den Kommissionsmitgliedern Dank und Anerkennung. Auch Zellprodukte waren ausgestellt, und genossen allgemeine Beachtung. Findet die Kaninchenzucht neue Anhänger und Freunde, so hat die Veranstaltung ihren Zweck erfüllt.

Das Überhandnehmen der Fahrradbstahle. Einen empfindlichen Denzettel erhielt vom Karlsruhe Schöffengericht der 23jährige Gelegenheitsarbeiter Theodor Müller aus Karlsruhe, der sich als Fahrradmarbler betätigt. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Die Meldungen der großstädtischen Polizeibehörden zeigen übrigens täglich, welche begehrenswürdigen Artikel heute die Millionenwerte darstellenden Diebstahl für die Diebeszunft sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen am 28. August vorbörslich

Tendenz: ruhig.

	27. August	Mont. nach dem 28. Aug. Mitt.	Woch. Mitt.
Holland . . .	2 470 000	2 194 500	2 205 500
Österreich . . .	1 139 000	1 013 100	1 018 500
Belgien . . .	296 000	255 300	256 600
Italien . . .	273 000	241 885	242 000
London . . .	28 500 000	25 486 250	25 568 750
Paris . . .	990 000	819 200	820 800
Newyork . . .	6 300 000	5 586 000	5 614 000

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Unerwartete Erhöhung der Kohlenpreise. Die Kohlenwerte sind am Samstag um durchschnittlich 85 Prozent erhöht worden. Sie übersteigen die auf dem Weltmarkt geltenden Kohlenpreise wieder beträchtlich. Der Reichswirtschaftsminister wird bei den am 31. August fortzusetzenden Erörterungen des

Reichslohn rats erneut auf den restlosen Fortfall des Entlohnungszuschlages dringen, ferner kann damit gerechnet werden, daß der Reichslohnrat in der nächsten Sitzung endgültig zu der auf Wunsch des Finanzministeriums zunächst zurückgestellten Beseitigung der Kohlensteuer Stellung nimmt.

Die steigenden Preise. Die Preissteigerung hat in der letzten Woche in unermindelter Stärke ihren Fortgang genommen. In der Woche vom 18. bis 24. August hat sich der Großhandelsindex der „Industrie- und Handelszeitung“ von 908,147,20 auf 1 Million 842,842,06 Prozent, also um 62 Prozent erhöht. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Hamburg meldet, sind die Preise insbesondere für Lebensmittel so hoch, daß sie den Weltmarkt überschreiten. Infolgedessen bitten die Kapitäne der Seedampfer, ihren Proviant anstatt in Brunsbüttel schon im Auslande an Bord nehmen zu dürfen.

Die deutschen Guthaben und Depots in der Schweiz. Die schweizerische Bankiervereinigung legt in ihrem Jahresbericht 1922/23 scharfe Vermahnung entgegen die unbegründete Behauptung der alliierten Gläubigerstaaten, wonach sich bei den Geldinstituten der Schweiz gewaltige Summen deutscher Guthaben und Depots ansammelten und die Banken der Schweiz mit allen Mitteln bestrebt seien, Vermögenswerte Deutscher an sich zu locken. Die schweizerische Bankiervereinigung bezeichnet diese Behauptungen als böswillige Erfindungen und stellt in ihrem Bericht weiter fest, daß die Kapitalbewegung nach der Schweiz einen rückläufigen Kurs eingeschlagen habe. Die im Auslande wiederholt aufgetauchte Anekdote, die schweizerischen Behörden zur Sperrung und Kontrolle der deutschen Guthaben zu veranlassen, wird von der Bankiervereinigung abgelehnt und die Erwartung ausgesprochen, daß der Bundesrat derartige Zumutungen zurückweisen werde.

Der Sturz des russischen Sowjetrubels dauert ununterbrochen an. Während die offizielle Notierungskommission in Moskau am 2. August für einen Goldrubel 115 Millionen alte Sowjetrubel zahlte, betrug der Kurs des Goldrubels am 13. August bereits 140 Millionen Sowjetrubel. Der Kurs des Dollars betrug am 14. August 296 Millionen Sowjetrubel und stieg in den nächsten Tagen auf über 300 Millionen Sowjetrubel. Das englische Pfund notierte bereits am 14. August an der Moskauer Fondsbörse mit einer Milliarde 350 Millionen Rubel und stieg in den nächsten Tagen um weitere 50 Millionen Rubel. Die offizielle Notierungskommission zahlte bereits am 14. August für einen Silberrubel 70 Millionen Rubel.

Reife Ernte in Bayern. Nach einer Veröffentlichung des bayerischen Statistischen Landesamts ist die diesjährige Getreibernte der vorjährigen fast um die Hälfte überlegen. Der Oberbayerische Kreisbauernverband erklärt einen eindrucksvollen Mahnruf an die bayerische Landwirtschaft, daß sie sich bei den jetzigen katastrophalen Ernährungsschwierigkeiten ihrer Verantwortung bewußt sein möge. „Halten wir unsere Produkte nicht mehr zurück“, heißt es in dem Mahnruf, „als es die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Existenz erfordert“.

Wertbeständige Holzleihe der Stadt Baden-Baden. In der letzten Stadtkonferenz wurde auf Antrag des Stadtrats beschlossen, daß die Stadt Baden-Baden eine wertbeständige Holzleihe im Höchstbetrag von 50 000 Festmetern Nadelholz, verzinslich zu 6 Prozent, rückzahlbar in 18 Jahresraten zu 4500 Festmetern, in Stufen zu 1/2, 1, 2 und 5 Festmetern aufsteigt. Aus der Anleihe sollen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit usw. gewonnen werden. Gleichzeitig wird der Erlös der Anleihe zur Abzahlung einer Schuld von Schweizer Franken Verwendung finden.

Von der Hopfenerte. Die Ertragsaussichten lassen ein wenig günstiges Ergebnis erwarten. Eine an sich gute Überwinterung wurde durch die bis zum Juli dauernde außerordentlich hohe und nasse Temperatur sehr beeinträchtigt und die darauf einsetzende starke Hitzeperiode hat das übrige getan, um dem Produkt zu schaden. Eine große Reihe von Anlagen

konnte sich davon bis heute noch nicht erholen, umso mehr, als die augenblicklich herrschende Nachfrühe die Ausreise nicht fördert. Über Ungeziefer wird in diesem Jahre mehr denn je geklagt. Es kann bestenfalls mit einer schwachen Mittelernte gerechnet werden.

Belebung des Weinhandels. Aus Mühlheim wird gemeldet: Nachdem das Geschäft im Weinhandel fast stockte oder sich doch nur in schleppender Gangart bewegte, hat in den letzten Tagen der Weinhandel eine Belebung erfahren. Die Ursache dürfte zum Teil in den von den neuen Steuergeetzen ausgehenden Steuerzetteln mit den beschleunigten Fälligkeitsterminen zu suchen sein. Das vorhandene Bargeld reicht bei vielen der Landwirte und Winzer nicht aus, um die Steuern zu begleichen, so daß sie sich zum Abjah ihrer Produkte gezwungen sehen.

Rheinische Handelsbank, A.-G., Mannheim. Die außerordentliche Generalversammlung, in der 37 Aktionäre mit 114 842 Stimmen vertreten waren, beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 100 Millionen auf 205 Millionen Mark. Die Entwidlung der Bank im laufenden Geschäftsjahr wird als gut bezeichnet.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Wahl des Bezirks des Landeskommissärs in Konstanz.

Auf Grund einer von den maßgebenden Parteien eingereichten Wahlvorschlagsliste zellen als Beiräte bei dem Landeskommissär in Konstanz die nachfolgend genannten Personen als gewählt:

1. Benz, Fritz, Gemeinderat in Meersburg,
2. Bruttel, August, Stadtrat in Konstanz,
3. Kraft, Jakob, Gemeinderat in Singen a. S.,
4. Franz, Karl, Bürgermeister in Börsenbach,
5. Lehmann, Guido, Bürgermeister in Billingen,
6. Streider, August, Amtsdirektor in Konstanz.

Dies wird gemäß § 14 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 27. Oktober 1922 über den Vollzug der Gemeindeordnung (Ges. und Verord.-Blatt 1922 S. 797) mit dem Anfügen öffentlich bekannt gemacht, daß die Wahlhandlungen während einer Woche vom Erscheinen dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger ab in meinem Geschäftszimmer öffentlich aufliegen. Innerhalb der Auflegungsfrist kann die Wahl von jedem Wahlberechtigten wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften beim Landeskommissär schriftlich oder mündlich zur Niederschrift mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angefochten werden. Die Anfechtung der Wahl hindert nicht die einstweilige Berufung der Gewählten zum Dienst.

Konstanz, den 22. August 1923.
Der Landeskommissär für die Kreise Konstanz, Billingen und Waldshut.
J. B. Belzer.

Verordnung.

(vom 25. August 1923).

Das Gehammenseven.

Der § 27 der Dienstweisung für die Hebammen vom 9. Februar 1920 erhält unter Aufhebung der Verordnung vom 15. August 1923, das Gehammenseven (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 247), mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

§ 27.

Für die einzelnen Dienstleistungen kann die von einer Gemeinde bestellte Hebamme, sofern der Dienstvertrag nichts anderes bestimmt, neben dem von der Gemeinde bewilligten festen Gehalt von den ihre Hilfe in Anspruch nehmenden Gebühren anfordern, deren Berechnung eine mit der jeweiligen Landesindexziffer für Lebenshaltung verbundene Grundgebühr zugrunde zu legen ist.

Die Grundgebühr beträgt:

a) für eine Unterfuchung, Anlegung eines Krankens, Setzen eines Klitters, Auspflügen, Einlegen von Tampons und dergleichen 70 Pf. bis 1 M. 20 Pf.

b) für Besorgung einer Geburt je nach Zeitdauer einschließlich der vorgerichteten Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 7 bis 14 M.

c) für Besorgung einer Zwillinggeburt je nach Zeitdauer einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und der Kinder in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 8 bis 16 M.

d) für Besorgung einer Fehlgeburt je nach Zeitdauer einschließlich der erforderlichen Wartung der Wöchnerin 2 M. 50 Pf. bis 5 M.

e) für den Bestand einer geburtschirurgischen oder gynäkologischen Operation durch den Arzt 1 M. 20 Pf. bis 1 M. 80 Pf.

f) für jeden besonders verlangten oder nötigen Besuch bei Nacht das Doppelte, 30 bis 60 Pf.

g) für eine Nachtwache 1 M. 50 Pf. bis 2 M. 50 Pf.
Falls die Dienstleistung über 2 Kilometer von der Wohnung der Hebamme entfernt vorzunehmen ist, kann diese außerdem für jeden, außerhalb des Umkreises von 2 Kilometer zurückgelegten Kilometer eine Gangangebühr in Höhe der den Beamten bei auswärtigen Dienstgeschäften zustehenden Gangangebühr ansprechen.

Karlsruhe, den 25. August 1923.

Der Minister des Innern.

J. B. Dr. A. Jung.

Die im Staatsanzeiger („Karlsruher Zeitung“ Nr. 192 vom 21. August 1923) angegebenen Beträge bezüglich des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter in dem Bezirke des Oberverversicherungsamts Konstanz — ab 20. August 1923 — sind in Millionen zu verstehen (45,7 = 45 700 000 Mark).

Konstanz, den 22. August 1923.

Badisches Oberverversicherungsamt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Der Hilfslehrer Dr. ing. Konrad Biel und der Reallehrer Paul Durckh am Staatstechnikum hier zu planmäßigen Professoren daselbst.

Bestetzt:

Professor Adolf Säger an der Kant-Oberrealschule in Karlsruhe an das Gymnasium in Konstanz, Professor Hermann Müller vom Lehrerseminar Meersburg an das Realgymnasium mit Oberrealschule in Billingen.

Zurückgesetzt:

Oberlehrer Karl Heim in Wiberaach (Amt Offenburg) auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Schreibmaschine
„GEOMA“ die ideale Kleinschreibmaschine für alle Zwecke! D. R. G. M. — D. R. P. a.
Vielfach erprobtes, neuestes Modell, sichtbare Schrift, auswechselbares Typensystem, leichteste Handhabung.
Einführungspreis einschl. Verschlußkasten 20 Mk.
Photo-Apparat
„GEOMA“-Klappkamera für Platten 6x9 cm mit Metallkassetten D. R. G. M. — D. R. P. a.
Hervorragend elegante und stabile Ausführung. Zeit- und Momentverschluß, prima Optik! — Die wirklich brauchbare und billige Klappkamera für den Amateur und Liebhaberphotographen.
Einführungspreis einschl. Etui 5 Mk.
Opernglas
gute Ausführung, mit vorzüglicher Optik!
Geeignet für Theater, Reise usw.
Einführungspreis einschl. echtem Lederetui 3 Mk.
Obige Preise sind mit dem zurzeit gültigen Teuerungsschlüssel von 500 000 zu multiplizieren.
Versandbedingungen:
Bei Voreinsendung des Betrages auf unser Postscheckkonto Nr. 5833 Amt Stuttgart erfolgt der Versand verpackungs- und portofrei! Wird Nachnahmesendung gewünscht, so müssen wir die entstehenden Kosten in Anrechnung bringen. Abbildungen sowie Schriftproben von der Schreibmaschine versenden wir auf Wunsch gerne kostenlos!
Großabnehmer an allen Plätzen gesucht!
„GEOMA“-G. m. b. H. Gesellschaft für Optik u. Mechanik Stuttgart, Gutenbergstraße 132.

Vom Gesamtwert der Sachbezüge bei voller Verpflegung, freier Wohnung, Beleuchtung und Heizung, treffen auf:
Verpflegung 90 vom Hundert,
Wohnung 6 vom Hundert,
Heizung und Beleuchtung 4 vom Hundert.
Vom Gesamtwert der Verpflegung treffen auf:
1. Frühstück 9 vom Hundert,
2. Frühstück 11 vom Hundert,
Mittagessen 41 vom Hundert,
Beierbrot 14 vom Hundert,
Abendbrot 25 vom Hundert.
Diese Festsetzung ist gemäß § 1 Abs. 4 des Verord.-Ges. für Angestellte in der Fassung des Änderungs-gesetzes vom 13. Juli 1923 (S. 638) auch für die Angestelltenversicherung maßgebend.
D.-R. 89.
Karlsruhe, den 23. August 1923.
Badisches Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Ruhholzverkauf.
Der Badische Forstamt Todmoss verkauft freihändig gegen Barzahlung innerhalb 14 Tagen (vom 6. Tage nach Verkaufsabschluß ab steigt der Kaufpreis in Verhältnis der fortschreitenden Gelbentwertung) 2632 im Radelrundholz, größtenteils Startholz. T. 539
Schriftliche Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise vom November 1922 bis Mittwoch, den 5. September 1923, nachmittags 4 Uhr, erbeten.
Losverzeichnis (Angebotsoberdruck) durch das Forstamt.
Bad. Forstamt Neustadt i. Schwarzw. verkauft freihändig unter Vorbehalt der Zuschlagserteilung gegen Barzahlung binnen 5

Verwaltungsassistent
(Obersekretärprüfung bestanden) ledig, sucht sich als Sekretär bezw. Obersekretär bei größerer Gemeinde- oder Stadtverwaltung oder sonstigen Behörde zu verändern. Bedingung: Lebensstellung. Offerten unter V. 752 an die Expedition des Blattes.
Spartassenredner
hüchiger Leiter, mit allen kaufmännischen Arbeiten vertraut, auf 1. Oktober gesucht. V. 736.2.1

Wir fertigen als Spezialität
Wertpapiere
Aktien, Gutscheine, Notgeld in einfacher und künstlerischer Ausführung.
G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B.
Karlsruhstr. 14 vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag Fernruf 953, 954

Zagen aus „Gintergartener Domänenwald“ u. „Andresenhof“: etwa 594 im Hektar Stämme und Abschnitte in 3 Lagen, 26 Baumstangen 1. Kl. in einem Los.
Schriftliche Angebote für Stämme und Abschnitte in Prozent der L. G. Nov. 22, für Baumstangen pro Stück bis spätestens 6. September d. J., vormittags 11 Uhr erbeten. Auszüge durch Forstamt erhältlich. T. 538
Ausgabe von Notgeld betr.
Zur Linderung der immer noch andauernden Zahlungsmittelnot geben wir weiter Gutscheine über 10 und 20 Millionen Mark aus, die von allen Reichsbahn- und anderen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden. Papiergröße 85 x 143 Millimeter. Wasserzeichen: fortlaufend gewürfeltes Bandmuster. Die Zehnmillio- nenscheine sind beiderseits farblos, die Zwanzigmillionenscheine beiderseits lachrot bedruckt. Auf Vorderseite rechts Wertangabe in Zahlen, in der Mitte in Worten, darunter Gültigkeitsvermerk, Datum und Unterschrift des Präsidenten, alles in dunklem Aufdruck, links oben Nummernbezeichnung rot. T. 551
Auf Rückseite in der Mitte Wertangabe in Zahlen.
Karlsruhe, 24. Aug. 1923.
Reichsbahndirektion.
Vergebung von Tiefbauarbeiten für das IV. Bau- los der württb. Teilstrecke bei Rebenbach Breiten- bahn auf der Markung Dörbingen; hauptsächlich bestehend aus Erdbebauung 43 000 Kubikmeter, Pflanzungsarbeiten 26 500 Quadratmeter, Feldwegbefestigung 8000 Quadrat- meter, Terrasserungen und Siderungen je 800 Kubikmeter, Bahn- und Weg- dohlenherstellung 140 km, Straßen- und Wegebefestigungen 3000 Quadratmeter. Maßstab ist die Ver- ordnung des Bad. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907. Bedingungs- liste und Pläne liegen nur in unserem Bau- büro in Karlsruhe auf. Abgabe von Angebotsvor- drucken dort nur an per- sönlich erscheinende Bewerber gegen Erfab der Selbst- kosten. Näheres über die Bau- stelle auf Wunsch. Angebote mit der Aufschrift „IV. Bau- los“ beizulegen und postfrei sind bis spä- testens Dienstag, den 13. September 1923, vormit- tags 11 Uhr, bei der In- spektion einzureichen. Zu- schlagsfrist 3 Wochen.
Breiten, 28. Aug. 1923.
Deutsche Reichsbahn- Bahnbauinspektion.

Druck der Karlsruher Zeitung.